

Ersteinstufige
nachmitt. mit 2 Ausgängen
der Son- und Wochentage.

Abonnementpreis
monatlich 60 Pf.
vierteljährlich 1.80 Mk.
semestral. 3.40 Mk.
jährlich 6.80 Mk.
Durch die Post bezogen
1.00 Mk. zuzü. Verlagsz.

Die Neue Welt!
Überbroschur (10 Bde.)
durch die Post nicht bezogen,
kann monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Abteilung:
Postfach 1047.

Sozialstaat

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Naumburg-Weitzenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr
betragt für die 6 Spalten
Preisliste über deren Raum
20 Pfennig.
Für ausserhalb Preisen
25 Pfennig.
Im reaktionellen Falle
kann die Preis 75 Pfennig.

Interate
Für die fällige Nummer
müssen Späterens die wer-
blichen Inhaber der
Expedition aufgeben
sein.

Eingetragen in die
Polstetungsliste.

Die sozialdemokratische Wahlrechts- interpellation im Reichstage.

Das politische Chaos.

Der Zweck der Wahlrechtsdebatte, die am Mittwoch von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages auf dem Wege der Interpellation erzwungen wurde, war zunächst, den Willen des Volkes klaren Einblick in die politischen Verhältnisse zu eröffnen, die durch die Erklärung des Fürsten Bülow vom 10. Januar und die folgenden Ereignisse neu geschaffen wurden, in zweiter Linie aber auch, den Parteien des Reichstages Gelegenheit zu geben, sich in diesen ungeläuterten Verhältnissen neu zu orientieren.

Die erste Absicht ist durch die Reichstagsverhandlung vom 22. Januar vollständig erreicht. Im Protokoll bleibt ein geschichtliches Dokument der Biederkeit herrschender Preussensmächte, ein nie verlagendes Agitationsmittel der Aufreizung und der Empörung. Wie weit aber die zweite Absicht erreicht ist, nämlich die Parteien zu einer klaren Stellungnahme zu nötigen, darüber können die Meinungen geteilt sein.

In einem Bande parlamentarischer Sitte wurde Bernhard Bülow unter gleichen Umständen zur Stunde aufgefordert haben, Reichskanzler zu sein. Er hat die Verantwortung der sozialdemokratischen Interpellation abgelehnt, der Reichstags hat die Besprechung beschlossen. Mit der sogenannten „Schwarzen Koalition“ stimmte auch der Freisinnigste für die Besprechung, und das als nationalliberal-konfessionale Kartell blieb in der Minorität. Die von echtem Volksgesetz erfüllten Ausführungen, die der Reichskanzler im Hofparlamentenstande hervorrief, fanden auf der äußersten Rechten tobenenden Beifall, alle andere bürgerlichen Parteien hätten sich in Schmelzen.

Es war keine Stimmung für Bülow, man will mit ihm Gespräche machen, aber man schämt sich doch ein wenig offen zu diesem Mann zu stehen, dem sein „liberaler“ Verstand ausging und der für die Forderungen des Volkes keine andere Antwort weiß, als Drohungen der brutalen Gewalt.

Der Zulassung der Mehrheit (man sprach scherzhaft vom neuen Bülow) war aber nicht bloß ein formaler, er war auch sachlich begründet. Eine Mehrheit des Hauses, bestehend aus Sozialdemokraten, Freisinnigen und Zentrum, nahm gegen die Behauptung Bülows, daß das Reichswahlrecht mit dem preussischen Staatswohl nicht vereinbar sei, sächlich in unabweisbarer Weise Stellung. Waren diese sachlichen Erklärungen des Zentrums und des Freisinnigen so gemeint, wie sie vorgetragen wurden, dann ergibt sich daraus die Tatsache, daß sich der Reichskanzler in der Grundfrage unseres politischen Lebens in schärfster Gegensatz befindet zur Mehrheit des Reichsparlamentes.

In jedem europäischen Staat, Preußen-Deutschland, Russland und die Türkei ausgeschlossen, würden unter solchen Um-

ständen nicht bloß die Tage sondern auch die Stunden und Minuten eines Ministers gezählt sein.

Am deutschen Reichstag freilich ist es nicht so gemeint. Fragt man sich, wo am 22. Januar der berühmte Bülow stand war, so muß man sagen, er war nicht zu bemerken. Aber er war nur unter die Oberfläche getaucht, und wird morgen wieder oben schwimmen. Es ist kein eigener Felsen sondern ein ungeklärtes Eiland Kor.

Zun zweitemal hat der Freisinn unterlassen, die Stunde zu nützen, wie er sie nützen mußte. Er hat sich am Mittwoch zwar nicht mehr auf den persönlichen und schmälenden Standpunkt der Rache und Hülfsbed gestellt, aber noch weniger auf den energielosen und ehrenvollen der Vorth und Volkhoff, er blieb in der weinerlichen Mittellage des Herrn Naumann, und während er in allen Tonarten die politischen Grundzüge des Ministerpräsidenten Bülow mit denen des freisinnigen Reichstages unvereinbar erklärte, hütelte er sich doch ein letztes Wort über den Vord zu sprechen und das Vertrauensvotum vom 5. Dezember ausdrücklich zu widerrufen.

Die Schwäche und Unentschiedenheit dieses freisinnigen Verhaltens man um so schlimmer, als auch Bülow die Schwäche seiner Erklärung vom 10. Januar diesmal noch durch geistlose Rücksichtslosigkeit weit übertrat. Einem solchen Reichskanzler gegenüber gab es für eine Volksvertretung, welche die ihr anerkannte Ehre des Volkes hochhält, nur eine Antwort, und die lautet: „Hinans mit ihm!“

Das ist offenbar auch die einzige Sprache, die ein Mann, wie Fürst Bülow, noch verstehen würde. So wie er als geschmeidiger Föling auch zeitweilig die Unangabe seines Herrn erträgt, sich auf bessere Zeiten verstreift, so hart er auch in den Ungehörigkeiten des Volksgesetzes unter den ihn — trotz aller Höflichkeit und Vorsicht — doch sachlich schwer verurteilenden Mehrheitsvoten der Volksvertretung gebührend aus — als der Typus eines politischen Klebers.

Es ist in Deutschland vor avarig Jahren Sitte gewesen, Reichskanzler und Ministerpräsidenten zu verabschieden, indem man sie pöblich aus der Hofkapelle ausleitete. Es wäre die Pflicht des deutschen Reichstages gewesen, dem gegenwärtigen Reichskanzler den Weg zur Türe zu zeigen, noch ehe er freiwillig mit dem selbstigenen Vortoss eines politischen Schweißes abgewinkt.

Der deutsche Reichstag hat sich in seiner Mehrheit am 22. Jan. über die Forderung des Augustheft nicht gemacht geigt. Die bürgerlichen Parteien haben, indem sie den Reichskanzler schonen wollten, dessen Niederlage nicht verhindern können, sondern nur sich selber eine moralische Niederlage zugefügt. Das gilt ganz besonders von den Nationalliberalen, deren Redner Hoffmann ganz auf die Seite des Herrn Kretsch fiel, das gilt aber auch vom Zentrum und dem Freisinn. Die Sozialdemokratie wird ihre harte Aufgabe, diese bürgerlichen Parteien zur Minderfälligkeit zu erziehen, in verstärktem Maße forsetzen müssen, sie wird aber auch nach dem folgenden Erfolg dieses Tages dabei noch mehr als bisher mit der wirksamen Hilfe des Volkes rechnen dürfen.

Ueber die denkwürdige Reichstagsverhandlung entwirft unter parlamentarischer Berücksichtigung folgendes Stimmungsbild:

Eine Kette von Schwergewichten hatte den Reichstagsparlament umschlossen. Im Schutze dieser Kette stand der Fürst Bülow zur schönsten Rede vor. Die Interpellation anderer Fraktionen wollte er nicht beantworten. Natürlich redete er wieder von Zukunftsbedeutung. Wenn die Herrenausgeber, wie Eulenburg-Fraffen, über notdürftige Reichsanglegenheiten interpellieren, ist Eulenburg-Fraffen zu einer Antwort bereit. Die Logik januscherischer Schweinepolitik. Inzwischen begnügte sich Bülow nicht mit der Ablehnung. Der nächste Straßenerbeiter in unangenehmen Verformungen unter freiem Himmel hielt es für gut, eine Pause über Geheiligtheit und andere beratige Dinge zu halten. Dann verschwand er mit seinen Untergehenden, Bethmann, Schön und Genossen, aus dem Saale. Vielleicht präpariert er wieder eine Rede an nächste antientimittische Redaktionsblätter.

Die Besprechung der Interpellation wurde trotz abgeleiteter Verantwortung beschlossen. Aus einem Reiz von Schamgefühl stimmte der Freisinn für die Besprechung. Genosse Fischer ergründete in einer wichtigen Angelegenheit die Interpellation. Das höchste Heil Haus war in stimmunglicher Bewegung. Durch politisches Aus- und Eingehen suchten die vereinigten Unter- und Jubelstimmere der Rechten unsern Reiz aus dem Konzept zu bringen, aber es gelang nicht. Genosse Fischer diente auf jeden Zwischenschritt, ohne freizubekommen den Faden seiner Rede zu verlieren. Seine Charakteristik des Dreifaltigkeitshauses erzeugte den Unwillen dieser langjährig gewählten Redner, die auf den Zuschauersbühnen im Dornwald aufgehängten hatten. Unser Redner vergaß nicht, das Treiben in den vorjährigen Wahlkämpfen und die Rolle, die Bülow dabei gespielt, geschrien zu bezeugen, und das Verhalten der Polizei an jenen Tagen, als sie jenseit im Zuge mitogen mit dem Wankziehen am 12. Januar in wirksamem Kontrast zu stellen. In nicht minder wirksamen Gegenlag stellte er das staatsmännliche Verhalten der österreichischen leitenden Männer und die brutale und zugleich kurzschichtige Haltung Bülows in der Wahlrechtsfrage. Unter langanhaltendem Beifall anderer Fraktionen schloß Fischer seine Ausführungen.

In der Debatte stellte nur ein bürgerlicher Redner, der Pole Korfanty, sich vorbehaltlos auf den Boden der Interpellation. Von den freisinnigen Rednern sprach Träger selbst, Schradet schwach. Bayer, der Sozialdemokrat, setzte eingetragenen Kraftvoll ein, schalt dann auf die Straßendemonstrationen und schloß mit der Erklärung, daß trotz alledem und alledem, und trotz des ausdrücklichen Willens ihrer Wähler, das Führen der Siebelschwabensmokraten, allerdings mit Vorbehalt! an der Volkspolizei festhalten wird.

Wenn so die Haltung des Freisinn war, so mag man die Haltung der übrigen Parteien messen. Immerhin erklärte sich der alte Graf Kompe als namens des Zentrums unumwunden für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Aber die Gelegenheit, hiermit mit Bülow abzurechnen, ließ sich das Zentrum entgehen. Hoffmann von

Jud Süß.

Novelle von Wilhelm Gauß.

(Schluß.)

„Real unglückliche Real“ rief der junge Mann, wie lange haben Sie sich verborgen gehalten und Ihren Freunden den letzten Trost geraubt, zu wissen, ob es Ihnen an nichts gebricht, ob die Freunde etwas für Sie tun können?“

„Ach, das ist es nicht, um was ich Ihre edelmütige Schwelger gebeten habe, mich herber zu fühlen“ sagte sie lächelnd lächelnd. „Warum soll es mir denn nicht gut gehen? Ich habe alle meine Hoffnungen und Träume längst begraben, ich pflanzte die Erinnerungen als Blumen auf das Grab und begieße diese Blumen mit meinen Tränen. Keim! Sie waten immer so großmütig gegen Unglückliche, geben Sie mir nur den Trost, daß mein Wader nicht sterben muß. Ach, es ist so bitter zu sterben, und was nicht sein. Sod diesem Lande!“

„Sod“, antwortete der junge Mann verlegen, gewiß, es ist bis jetzt noch nicht davon die Rede gewesen, und ich glaube auch nicht — Sie dürfen sich trösten — es wird nicht so weit kommen.“

„Es wird, und in Ihrer Hand liegt sein Schicksal“, flüsterte sie; „er hat es mir gesagt, ich habe ihm gesprochen: Wenn nur der Brief nicht wäre, der Brief kann mich beschützen.“

„Gut! Gut!“ Sie ihn abtrat, und immer im Gedächtnis, was liegt an ihm, wenn er in Ketten sitzt? Nur nicht sterben! Gut! Gut! Sie edelmütig — verzeihen Sie den Brief, um den niemand weiß als Sie — mit jener schwachen Kerze dort können Sie das Leben eines Menschen retten.“

„Bruder“, sagte Kaizerina näher tretend, indem sie seine Hand faßte, „es ist Dein Gewissen kann nicht gelindert werden, denn er ist ja auf immer unglücklich gemacht; verzeihne den Brief, er kann sie retten.“

nicht sterben, belastet mit Sünden, er läßt ihn leben und fromm und weise werden. Wie gültig ist du, o Gott, daß du noch deiner Engel einen geteilt hat auf diese die Erde, der mit der offenen Hand der Weisheit teilt segnet und nicht mit dem kommenden Schwert der Rache den Verbrecher zerschmettert!“

„Nein — nein — es ist nicht möglich!“ sprach Anabel mit tiefem Schmerz. „Sieh, Lea, mein Leben möchte ich hingeben, um Deine Ruhe zu erlangen, aber meine Ehre! Meinen guten Namen! Es ist nicht möglich! — sie wollen um diesen Brief, einen haben ihn gelesen und — morgen soll ich ihn vorzeigen. Können! Sprich, ich beschwöre Dich, kann, darf ich es tun?“

Räthen meinte, und eine leise Bewegung ihres Hauptes schien anzudeuten, daß es auch ihr unmöglich schien. Lea aber hatte ihm mit starken Widen zugestimmt; aber die dieichen Wangen ergoß sich die Wöte der Angst, sie deutete sich vor, als könne sie die überliche Verneinung nicht recht vermeiden, sie schloß als sich Grollen auf sich Schwelger berief, mit einem Blick voll schmerzlicher Überwelt nach dieser hin, sie streckte die Hand kampfhaft aus, wie ein Gerinther, der nach dem schwachen Zweig am Ufer die Hand ausstreckt — vergebens.

„So muß er sterben“, sagte sie nach einer Weile leise, „und Du — Du drückst ihn den Tod? Sod war es also, warum ich lebe — und lebe? Es ist ein sonderbares Rästel, das Leben! Hätte ich dies gedacht, als ich noch ein tödliches Kind war? Hätte ich gedacht, daß wir so untergehen müßten?“

„Nun, unglückliche Mädchen!“ sprach Räthen und schloß sie in ihre Arme. „Ach, gewiß, er kann nicht anders handeln, ich sehe es selbst ein; und wenn es Dich trösten kann, komm zu mir, so oft Du willst, Du sollst gewiß treue Teilnahme finden.“

„Lea“, unterbrach sie ihr Bruder, „wenn mir etwas für Sie tun können, — Sie sind an Wohlstand gewöhnt — dieses Kleid hier sagt mir, daß Sie in Not sind.“

„Guter Gustav“, unterbrach sie ihn, indem sie sich zu einem Lächeln amang, „lassen wir das; die Leute sagen, daß es kein Vermögen den Armen dieses Landes entgegen habe. Da hätte ich mich, aber eben! unrecht wäre es von mir, von diesem Golde Gebrauch zu machen, das ihm den Tod bringen wird. Aber von Dir, liebes, schönes Mädchen, nehme ich ein Tuch an, weil es jetzt so kalt wird.“

„Ach höre, Du bist Braut; lei doch recht glücklich! Wären dies die letzten Tränen sein, die jeht in Deinen Wimpern hängen; und wenn Du meinen mußt, so sei es nur fremdes Unglück, um das Dein schönes Herz trauert.“

„Lea“, sagte der junge Mann mit tiefem Schmerz, „ich kann Dich nicht so hinweg lassen; es ist die trügerliche Wöte der Verzweiflung, die aus Dir spricht. Meine dich meine Schwelger, lache, wo Du wohnst. Ach, wenn Du Mangel littest! — Erbeite nicht im Groll von mir, Real! Gott weiß, daß ich nicht anders konnte!“

„Und auch ich weiß es, Gustav, und vor ein tödliches Mädchen, ich dich auf diese gefährliche Probe zu stellen; unter Umkleid ist so groß, daß eine kleine Hilfe mit Deiner Ehre, mit Deiner Ruhe zu teuer erkauft wärd. Aber wohl! Ich brauche wenig, vielleicht bald gar nichts mehr, und sollte etwas nötig haben — so bin nicht zu stolz, um dieser Freundin zu kommen — der einzigen, die mir das Unglück erworben hat.“

„Und vergißt Du?“ sagte Gustav mit Tränen.

„Ich habe nichts zu vergehen“, erwiderte sie, indem sie ihm mit mehr Haltung, als die beiden Schwelger erhalten hatten, die Hand bot. „Lebe wohl, Freund! Ich gehe, meine Blumen zu besticken. Möge der Gott mein Werk. Dich so glücklich machen, als es Dein reiches Herz verdient!“ Sie sagte es, warf noch einen Blick voll Liebe auf ihn und ging, von Räthen begleitet.

Der junge Mann blühte ihr wehmütig nach; es war ihm als hätte diese Stunde einen mächtigen Einfluß auf sein Leben, aber er ahnete auch, daß es das unglückliche Mädchen zum letztenmal gesehen habe.

Den Nationalliberalen hatte den Staatsmannstoller, sprach von
Zukunftigkeit und wehte über die Demonstrationen. Der weg-
geburte Reichsminister Prinz Hohenzollern tat
zudem der Reichspartei das Besondere.

Die genannten Redner wählten die Form und hielten sich
von Anspielungen fern. Diese besorgte in einem Maße, das
nicht übertrieben werden kann, der berühmte Reichsminister
ist widerlegt, als Bürgerliche, die im Juxterleben leben. Dem
Streit ist es gelungen, den Glauben Ratierial Malteser zu
überwinden, der im Dreifachhause seine juxterlichen Auf-
tuggebe sprach. Die ganze Reichs-Rede war eine Verleu-
nung aneinander gereicher Schimpfereien, indessen, was soll
man von einem Menschen anderes erwarten, der es fertig
gebracht hat, nach der Justizstrafe für politische Gegner zu
schreien? Die Szenen während der Rede spotteten jeder
Beschreibung. Die Rechte brüllte vor Vergnügen bei den
willigen antiliberlichen Reden des Redners, ohne auf
Wendungen angeborene Gefühle Rücksicht zu nehmen. Ganz aus
dem Häuschen war der junge Minister gekommen, der sich
noch in die Verammlungen antiliberlicher Redaktabenten
zurückversteht fühlte. Von unserer Seite wurden auf den gro-
ßen Klag große Reize gelegt. Mit der Fühne des Greises in
der berühmten Gestalt Leipzig nach Johannes der Unge-
schickte am Präsidentensitz und Schwanz mit verweirter
Dulderne, aber gänzlich vergebens, die drohende Klingel.

Am Schluß der Sitzung verließ der Hof noch eine Heiden-
zeit. Er vertrat die Fortsetzung der Besprechung auf un-
bestimmte Zeit, und machte es somit unserer Fraktion unmöglich,
auf die Reichs-Rede Rede unverzüglich zu antworten. Der
ganze Freisinn mit vier Ausnahmen stimmte für diese Verge-
wässerung. Wir wollen die Namen der vier anständigen Frei-
sinnigen nennen: Neumann-Spöer, Gothein, Potthoff und
Dohm. Der Freisinn ist seines Fühnschicks würdig.
Am Donnerstag wird man sich über Sech, Majestätsbelei-
digung, Tierhoden usw. unterhalten.

Tagessgeschichte.

Salte a. Z., 23. Januar 1908.

Der Freisinn-Kanzler.

Unter dem Druck der Wahrscheinlichkeit schrumpft die
Rednerwürde des deutschen Reichstanzlers immer mehr zu-
sammen. Der schaffste Caucier, der gütterliche Plauderer,
der Mann mit der aufgeschminnten westeuropäischen Kultur
erschien am 10. Januar im preussischen Abgeordnetenhaus nur
noch als mürrischer, wortreicher Bureautant — am 22. Januar
im Reichstag aber hat sich der erste Staatsmann des Reiches
selber zum Volksgeleitnand degradiert. Ein Politiker des Klassen-
staats mag in entscheidenden Augenblicken brutal und gewalt-
tätig erscheinen dürfen, ohne dadurch seinen Erfolg zu gefährden,
er darf aber nicht subaltern und geistlos werden. Ein Reichs-
kanzler und Ministerpräsident, der in einem Augenblick, wie
dem gegenwärtigen, nichts anderes zu sagen weiß, als daß er
„die Ruhe und Ordnung“ aufrecht erhalten werde, wird in der
ganzen politischen Welt Hohn und Spott erregen.

Um eine Politik zu treiben, wie sie gegenwärtig in Preußen-
Deutschland getrieben wird, eine Rede zu halten, wie sie Herr
Bülow am Mittwoch im Reichstag gehalten hat, dazu bedarf
es keines Reichstanzlers und keines Ministerpräsidenten, hin-
genügend ein preussischer Volksgeleitnand, wenn nicht gar ein ge-
wöhnlicher Schuymann. Die gesamte deutsche und ausländische
Öffentlichkeit wird daher mit der sozialdemokratischen Fraktion
übereinstimmen, wie sie bei der zweiten Sitzung des Reichs die
Streitung des Gehalts des Reichstanzlers aufs Nachdrücklichste
bestimmten werden.

Herr Bülow unternimmt seit ein paar Tagen den Versuch,
den Charnen zu spielen, in Bismarcks Rückfahrsstiefeln herum-
zuspazieren. In dieser Rolle nehmen wir ihn nicht ernst.
Wie lässlich ist diese Hoffnung des bürgerlichen Liberalis-
mus zusammenzugeschnitten. Von der ganzen Staatsphilosophie
des Reichstanzlers ist nur der eine Satz übrig geblieben:
„Meine Herren, ich fordere sie auf, auseinanderzugehen!“

operationen aufgehoben haben. Sie hängen ihn an einem un-
gehöhrigen Galgen von Eisen in einem kleinen Käfig auf. Im
Detret des Herzog-Administrators heißt es: „Ihne zu wohl-
verdienter Strafe, lebenslänglichlich oder zum abwechselnden“
Beispiel. Weibes die Art, wie jeder unglückliche Mann mit
Württemberg verfahren konnte, und jedes Ministerpräsident, der
ausfallend und unrediglich zu einer Zeit, wo man schon
längst die Mängel der Zivilisation und Aufführung hinter sich
gelassen, wo die Blüte der französischen Literatur mit unüber-
sehlicher Gewalt den gebildeten Teil Europas aufwärts riß.
Man wäre versucht, das damalige Württemberg der schmach-
vollen Barbaren angulieren, wenn nicht ein Landman einträte,
die Männer, die zu jeder Zeit geteilt haben, und der, wenn er
nicht, wenn er nicht die Zeit überlebt, noch die Notwendigkeit
darumhin scheint. „Er mußte“, sagen sie, „nicht
Potthoff für seine eigenen schmerzlichen Verbrechen, als für die
Schandthaten und Missethaten mächtiger Männer am Galgen stehen.“
Verwandtschaften, Ansehen, heimliche Verbindungen retteten
die andern, den Juden — konnte und mochte niemand retten,
und so schrieb man wie immer alle Kandidatenlisten an
Lambel ausbrüch, nach die übrigen verzehrt haben, auf seine
Jede.“ Es sind damals der schmachliche Tod dieses Mannes
die Gemüter über alles frühere beruhigte und befriedigte. Ein
Edikt des Administrators weitestens scheint es nicht ganz zu
beweisen, denn er sah sich genötigt, zu verordnen: „Daß die
Unterthanen alle widrigen nachreden und unglückliche Worte über
den hochwürdigen Herrn bei Strafe und Abweisung vermeiden,
und denselben im schuldigst respektvollsten Anbenden halten
sollen.“

Der alte Lambel tat das letztere auch ohne dies Gift, denn
so oft er der Name Karl Alexanders genannt wurde, listete er
mit belogter Miene sein Mäuschen und sagte: „Gott habe ihm
seine“ Er folgte auch dem hochwürdigen Herrn nach unter der
Kommunisten, daß die Zeit überlebt, noch die Notwendigkeit
darumhin scheint, und selbst Schuymann, Mecklingen
konnte ihm mit den herrlichen Epochen keine heitere Miene ab-
geminnen. Nach Anno 93 hat man ihn als einen hohen, mageren
Greis an einem Stod über die Straßen schreiten; seine
Miene war ernst und düster, aber sein Auge konnte jenseit
weilen und teilnehmend sein. Er hat, wie gebietet, und die
Gänge ging dann und dann einmal, wie ein unglücklicher
Wahnsinn, gelicht habe, das ihren Tod im Bedarf freiwillig
fand. Wäuner, die ihn gefannt haben, versichern, daß er ge-
wöhnlich kalt und verstoßen, dennoch höchst interessant in der
Unterhaltung gewesen sei, wenn man ihn auf gewisse metaphy-
sische Unternehmungen brachte, mit welchen er sich in seinem
höhen Alter hauptsächlich beschäftigte. Er sprach, betrat dort
den hohen Alter hauptsächlich beschäftigte. Er sprach, betrat dort
den höchsten Alter und sein Schicksal kannten, und bewein-
ten den Armen und Unglücklichen. Kein Grobater pflegte
von ihm zu sagen: „Er war einer von jenen Menschen, die, wenn
sie einmal recht unglücklich geworden sind, sich nicht mehr an
das Glück gewöhnen mögen.“

Ein bürgerliches Urteil über die Bülow-Rede vom 22. Januar.

Das Berl. Tageblatt schreibt:

Herr Bülow hatte sich nach dem Diktat der Deut-
sch. Tageszeitung gerichtet. Jetzt aber ging es plötzlich auf
ein Thema ein, das gar nicht zur Verhandlung
stand, nämlich auf die geistigen Zusammenhänge am Reichs-
tagstisch. Diese Vorgänge haben nicht das geringste
mit dem Wahlrecht zu tun; sie stehen höchstens zur
Arbeitslosigkeit in Verbindung. Aber Graf Stolberg
ließ den Reichstanzler voll Langmut weiter reden. So
wurde eine der fürnehmsten Szenen provoziert, die der Reichs-
tag bisher erlebt hat. Dabei läßt sich nicht verhehlen, daß
diese ganze Erörterung an den Haaren herbei-
gezogen war. Es handelte sich einfach um einen Schach-
zug des Reichstanzlers, die Blicke von seiner Schwäche, in
unhaltbarer Position in der Wahlrechtsfrage abzuwenden, und
ihm einen wirkungslosen Abzug zu schaffen. Er warf er
sich denn in die Brust, sandte eine ernste Mahnung, in
das Land hinaus, erklärte patetisch, daß die Strafe dem
freien Verkehr gebühre, vermahnte die Regierung dagegen, daß
sie sich etwas „abtrogen“ lasse, und bedrohte die Minister
und Verführer, mit den Folgen der geistigen Zusammen-
stöße zwischen Arbeitslosen und Vollei.

Dieser patetischen Erklärung folgte dann der übliche
urtomische Exordium der Bundesratsmitglieder mit dem
Reichstanzler an der Spitze.

Wahl, Freisinn und Wahlrecht.

Zur Wahlrechtsfrage verbreitet die Vb. Korrespondenz
folgende Mitteilung:

Nachdem entvondend einem Beschlusse des erweiterten
Vorstandes der Wählervereins der Liberalen (Frei-
sinnige Vereinigung) die in der Sitzung des Vor-
standes am Sonntag angenommene Resolution zunächst der
Fraktionsgemeinschaft zur Kenntnisnahme unterbreitet worden
ist, sind wir jetzt in der Lage, den Wortlaut dieser Resolution
mitteilen zu können. Es lautet: Der erweiterte Vorstand
des Wählervereins der Liberalen (Freisinnige Vereinigung) ist
der Meinung, daß nach der vom Ministerpräsidenten am
10. Januar im preussischen Abgeordnetenhaus gegen den
preussischen Wahlrechtsantrag abgegebenen Regierungser-
klärung, die ein Bekenntnis zu den reaktionären An-
sichten darstellt, eine Beschlusse Wählervereins-Hand-
lung seitens der freisinnigen Vereinigung, wenn tunlich
seitens der Fraktionsgemeinschaft, gegen den Herrn Bülow
im Gegensatz zu der Vertrauensabstimmung vom
5. Dezember 1907 im Reichstage unerlässlich ist. Der
geschäftsführende Ausschuss wird ermächtigt, je nach dem
Ausfall der Vertrauensabstimmung, direkt zu entscheiden, ob
und wann der Delegiertenkongress einzuberufen ist.

Die Voss. Zeitung veröffentlicht folgenden, wie es scheint
tendenzgebunden Bericht über die letzte Sitzung der frei-
sinnigen Fraktionsgemeinschaft:

In der gestrigen Sitzung der freisinnigen Fraktions-
gemeinschaft des Reichstages wurde die Wahlrechts-
frage eingehend erörtert. Dabei erag sich die vollkommene
Einigkeit und Geschlossenheit aller Mitglieder der freisinnigen
Volkspartei ohne jede Ausnahme. In gleicher Weise einig
zeigte sich die Deutsche Volkspartei, deren Auffassungen mit
denen der freisinnigen Volkspartei wesentlich übereinstimmen.
Besonders zeigte sich eine einheitliche Auffassung in-
sbesondere über die freisinnige Vereinigung, wenn tunlich
seitens der Fraktionsgemeinschaft, gegen den Herrn Bülow
im Gegensatz zu der Vertrauensabstimmung vom
5. Dezember 1907 im Reichstage unerlässlich ist. Der
geschäftsführende Ausschuss wird ermächtigt, je nach dem
Ausfall der Vertrauensabstimmung, direkt zu entscheiden, ob
und wann der Delegiertenkongress einzuberufen ist.

Dazu wäre tatsächlich zu bemerken, daß die einzelnen
Fraktionen der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft bei allen Ab-
stimmungen freie Hand haben. Das Band ist also locker
immer, um sich auch bei tiefergehender Meinungsverschiedenheit
genug „haltbar“ erweisen zu können.

Die Wahlrechtsresolution. Die sozialdemokratische
Fraktion hat in ihrer letzten Sitzung beschloffen, zum Etat
des Reichstanzlers eine Resolution einzubringen, die die
Fortsetzung eines Gesetzentwurfes fordert, nach dem im Deut-
schen Reich, in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen
für die Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen das all-
gemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über
30 Jahre alten Reichsbürger ohne Unterschied des Ge-
schlechts nach Maßgabe der Verhältnismäßigkeit eingeführt wird.

Wilhelm II. und die Berliner Polizei. Am 14. Januar, also
am zweiten Tage nach dem sogenannten „roten Sonntag“, ließ
der Kaiser, wie der Köln. Ztg. aus Berlin berichtet wurde,
die Schupkeute auf dem Schlosshof antreten und sprach dem
Polizeihauptmann Schmahen seine Anerkennung für das er-
reichte und doch tatwollige Vorgehen der Schuymannschaft am
erzlichen Sonntag aus. Er wies darauf hin, daß mit Rücksicht
auf die unabweislichen Folgen die Requirierung des Militärs
unter allen Umständen bei solchen Anlässen vermieden werden
solle. Auch die Kaiserin sprach der Schuymannschaft ihren
Dank aus.

Wie die Demonstranten, die in der Schloßhofstraße vor dem
Schloffe und dem Kaiserpalast laute Rufe ausbrachten, un-
behelligt und ununterbrochen nach Hause gehen konnten, dankte
seinerzeit der Kaiser der Polizei für ihr „maßvolles und tat-
wolliges“ Vorgehen. Diesmal war es nicht „maßvoll, sondern
„energisches“. Auch die Rufe der Demonstranten waren anders.
Aber der Dank an die Polizei ist geblieben.

Die Ueberstunden der Schuymannschaft. Ueber die
Wirkungen, welche die unfröhlichen Forderungen der Berliner
Behörden auf die Schuymannschaften selbst ausgeübt hat,
wird berichtet:

Die Schupkeute befinden sich, wie man hört, am Ende
ihrer Kraft. Die ungeheuren Anstrengungen der letzten
Tage, die zahlreichen Erklärungen und die aufregenden
Nachtwachen haben zu einer starken Entkräftigung geführt,
so daß es zweifelhaft erscheint, ob der Dienst noch lange
in diesem Umfang aufrecht erhalten werden kann. Man
spricht davon, wenn die Demonstrationen nicht enden,
Militär zur Unterstützung heranzuziehen zu
müssen.

Die Ueberbürdung der Berliner Polizei wird begrifflich, wenn
man von der gestrigen Vollstreckung Ausschließliches liest. So
berichtet der Berliner Volks-Anzeiger:
„Gegenwärtig ist das Reichstagsgebäude mehr als die Umden
der Schloßplatz, Gegenstand der polizeilichen Fürsorge. Unter
den Linden war die Passage frei, irgendeine verdächtige Ver-
bunden werden jedoch fortgesetzt mit größter Strenge juridi-
zieren. Für die Umnebung des Schlosses waren ähnliche
Vorkehrungsmaßregeln getroffen.“

Das Urteil im Prozess Peters-Bennigsen wurde gestern nach-
mittag verurteilt. Herr v. Bennigsen wurde zu 100 Mark Geld-
strafe verurteilt; der Redakteur Brüggemann von der Köln.
Zeitung wurde freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens hat

v. Bennigsen zu tragen bis auf die, die dem Redakteur Brüggemann
entstanden sind. Diese sind von Dr. Peters zu zahlen.
Peters darf das Urteil in der Münchener Zeitung veröffent-
lichen.

„Au. wais! Ich hab' getommen!“ kann Peters mit jenem
Juden Peter Gebels ausbrufen. Denn für den größten Teil des
deutschen Volkes ist es als moralisch Verantwortlicher aus diesem
Prozess hervorgegangen.

Wegen Soldatenhändereien in 280 Fällen wurde vom Kriegs-
gericht in Antwerpen der Feldwebel Mielke vom Grenadier-
regiment Nr. 4 zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Ausland.

Ungar. Politischer Malienstreit und Wahl-
recht. In der Regierung und bürgerlichen Parteien machen
Wahlrechtsänderungen die Vertreter des Volkes sollen solange die nur
irgend möglich dem Reichstage ferngehalten werden. Herr
Peters scheint auch nicht eilig zu haben, sein Reichsüber-
sicht einzulassen, und wenn er schon das Seinige tun sollte, um
dem neuen Recht den Eingang zu erleichtern, so ist's doch auch
im offenbar nicht ganz ernst mit der Einhaltung der Idee des
allgemeinen Wahlrechts, wie es sich im Herzen des Volkes
als die nächste politische Forderung festgesetzt hat.

Als Wahrer und Hüter der Rechte des Proletariats ist der
Vorstand unserer ungarischen Parteigenossenschaft auf der Hut:
alle Wahlrechtsänderungen, die in jedem Augenblick auf sie berechtigt
sind, seine Vertreter, die zu Fundamentalfesten hinter ihm stehen,
zum Kampf herausfordern.

Auch das ungar. Proletariat selber brennt vor Begier, sich mit
den Wahlrechtsänderungen zu messen. So beschloß eine in der
Dienstags Nacht in Budapest abgehaltene Versammlung der so-
zialdemokratischen Arbeiter, sofort im ganzen Lande einen
Wahlrechtsstreik zu veranlassen, falls die Regierung statt
des allgemeinen gleichen Wahlrechts das Pluralitätsystem ein-
zuführen versuchen sollte.

Preussens Arbeiterkampf, augenblicklich selber im Wahlrechts-
kampf, bildet mit Spannung und Bewunderung auf ihre ungar-
ischen Klassenossen.

Deutscher Reichstag.

88. Sitzung, Mittwoch, den 22. Januar, nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratspräsidenten: Fürst Bülow, v. Bethmann-
Hollweg, v. Schön.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation
an Reich und Genossen (So.).

1. Aus welchen Gründen hat der Reichstanzler am 10. Janu-
ar im preussischen Abgeordnetenhaus die Uebertragung des
Reichstagswahlrechts auf einen Bundesstaat als dem Staats-
wohl nicht entsprechend bezeichnet? 2. Willigt der Reichstanz-
ler, daß am 12. Januar in Berlin aus Anlaß der zur Propa-
ganda des Reichstagswahlrechts einberufenen Volksversamm-
lung zum Zweck etwaigen Eingreifens Militär in den Kaminen
fontainiert war?

Auf die Frage des Präsidenten Grafen Stolberg, ob
er bereit sei, die Interpellation zu beantworten, erklärt
Reichstanzler Fürst Bülow: Ich habe folgendes zu er-
klären (ein Manuskript entfaltend): Die Beantwortung des
ersten Teils der Interpellation lehne ich ab, weil der Gegen-
stand der Zuständigkeit der abgeordneten Deputierten
unverletzt. (Lachen bei den So.). Zu Punkt 2 der Inter-
pellation habe ich zu erklären: Die Reichstanzler hat auf
Grund landesrechtlicher Bezeugnisse die Wahrgänge ge-
wöhnlich erachtet waren, um Ausschreitungen auf den Stra-
ßen abzuwehren. (Anrufe bei den So.), lärmende Zustim-
mung rechts.) In Ausübung der militärischen Kommando-
gewalt sind Truppenteile in den Kaminen zusammengehalten
worden, um jeder Aufforderung zum Schuss der abgeordneten
Entscheidung ungeschädigt Folge zu geben. (Lärmendes Braul
rechts.) Ich lehne die Beantwortung der
Interpellation ab.

Der Kanzler legt das Manuskript beiseite und fährt fort:
Gestern ist es wieder zu Zusammenfassungen gekommen, wobei
die Polizei von der Waffe Gebrauch machen mußte. (Anruf
bei den So.): „Müde!“ Lautes Schreien rechts: „Annohil,
Ihne mich nicht auf die So.“ Präsident Graf Stol-
berg lautet heftig: „Angenehm, folger Vorlesen, die
unabhängig von dieser Interpellation hier ein Wort
erster Mahnung an das Land richten. (Rufe bei
den So.): „Müden Sie es lieber an die Polizei!“ Die Rechte
lobt und schreit: „Ruhe.“ Es ist nicht deutliche Art, die
Wahl auf die Straße zu tragen. (Stimm. Rufe bei den So.):
„Nicht!“ „Nicht!“ (Beifall.) Die Straße gehört dem
freien Verkehr. (Erneute laute Rufe: „Wahlrecht! Wahl-
recht!“) Dem Gehehe Lösung zu verschaffen und ebnen. Lösung
zu erlangen, ist Aufgabe und Pflicht der Behörden.
(Fortwährende Zurufe: „Wahlrecht! Wahlrecht!“) Wir werden
den Agitatoren nicht die Herrschaft über die Straße über-
lassen. Durch Demonstrationen einer ired geleiteten Masse
(Stimm. Rufe bei den So.) läßt sich eine plündernde
Regierung nicht abtrotzen. (Lärmendes Braul rechts,
Anrufe bei den So.): „Achtamen, abwarten!“ Hörtlich
werden alle bürgerlichen Parteien einmütig diesen gefähr-
lichen Unfug (Lärmender Beifall rechts) beurteilen und zurück-
weisen. Mit den Demonstrationen hat die sozialdemokratische
Partei eine abschlüssige Bahn betreten. (Lautes Lachen b. d.
So.) Ich warne Sie, diese Bahn weiter zu verfolgen, und
bitte Sie, die Wahlrechtsänderung an die Arbeitervereiner,
der ich aus wohlbekanntem Herzen (Stimmliches, anhalten-
des, schallendes Gelächter bei den So.) rate, nicht für Par-
teimanipulation und Heber Brüllender Beifall rechts) die eigene
Haut zu Markte zu tragen. Nicht die Behörden sondern die
Anführer und Verführer werden sonst die Verantwortung tra-
gen. (Lärmender Beifall rechts.)

Auf die zweite Frage (So.) beantragt die Interpellation trotz
ihrer Nichtbeantwortung auf die Beantwortung.

Zur Unterfrigung des Antrages erheben sich die Sozialdemo-
kraten, das Zentrum und die Freisinnigen. (Lauter Manuskript
rechts.) Fürst Bülow und Genossen verlassen den
Reichstag.

Abg. Richard Fischer (Berlin So.): (Die Rechte
verläßt unter abschlüsslichem Gepolter den Saal und kehrt eben-
falls zurück, nach und nach zurück. Ueber die Nichtbeant-
wortung unserer Interpellation wundern wir uns nicht. Wir
kennen das. Immerhin will ich erwähnen, daß selbst die
Kreuzzeitung eine Reihe von Gründen für die Beant-
wortung der Interpellation angeführt hat. — Daß nach so-
formalen Recht die Konjunkturierung der Truppen gestattet war,
wissen wir ja. Unsere Anfrage ging aber dahin, ob der
Reichstanzler die Wahrgänge an die Arbeitervereiner, (So.)
der Reichstanzler sprach von den gestrigen Demonstra-
tionen. Diese gingen übrigens nicht von der sozialdemo-
kratischen Partei aus. (Lärmende Unterbreedungen rechts.) Wenn
Sie (nach rechts) die Verantwortung für alle Polizei-Brutali-
täten übernehmen, so sind wir bereit, die moralische Verant-
wortung für alle Demonstrationen zu übernehmen, für die die
sozialdemokratische Partei aus irgend wie moralischer Verant-
wortung trägt. — Die Arbeitslosenversammlung
lungen waren nach dem übereinstimmenden Urteilen der
Presse und der Polizei vollkommen ruhig verlaufen. (Sehr
wahr! bei den So.) Aber die Polizei kam wieder mit ihrer
alten Methode, den Zug von zwei Seiten zusammenzukom-
men und dann einzukreisen. Dieser Verkauf ist u. a. auch
von dem Berliner Tageblatt konstatiert worden.

*) Abgeordneten. C n d e.

1. Beilage zum Volksblatt.

Fr. 20.

Seite 2. J., Freitag den 24. Januar 1908.

19. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

86. Sitzung. Mittwoch, den 22. Januar, nachmittags 1 Uhr.
(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Hg. Graf Compeß (Centr.): Das Reichstagszentrum steht auf dem Boden des gleichen, geheimen, allgemeinen und direkten Wahlrechts. (Zurufe bei den Geg., „Wir aus Reichstagszentrum?“) „Ich kann doch hier nur im Namen des Reichstagszentrums sprechen. (Sehr laut im Centr.) Wir betragen die Ausübung des Reichstagswahlrechts auf den größten Bundesstaat als ein rechtliches Notwendigkeit. (Weil. 1. Centr.)

Hg. Waffermann (natl.): Wir müssen es ablehnen, hier im Reichstag über die Ausgestaltung des preussischen Wahlrechts zu debattieren. (Bravo! rechts.) Als hier im Reichstags von konservativer Seite gegen die Wahlrechtsveränderung im Süddeutschland protestiert wurde, hat sich die süddeutsche Presse auch diese Einmischung Preussens auf das empfindendste verselbstet. (Sehr laut rechts.) Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. (Sehr laut bei den Natl.) Wir können uns auf den ruhigen Verlauf der Demonstrationen (von deshalb nicht verlassen, weil bei solchen Aufmärschen nicht nur Sozialdemokraten, sondern der ganze gesellschaftliche Anstand dabei ist. Dazu kommt die Gefahr, die durch das fortwährende Fahren des Klassenkampfes erzeugt wird. (Sehr richtig links und bei den Natl.) Man kann es verstehen, daß schließlich auch einmal die Polizei herbeigeholt wird. (Sehr richtig rechts.) Die Straßendemonstrationen verschlechtern auch die Ansichten des Vereinsgelehrten. (Lachen bei den Geg.)

Vorläufige Regeln waren gegeben und die Konzentration des Militärs gehörte zu den Vorläufigen Regeln. Wir sind mit dem Verhalten der Staatsregierung zufrieden. (Recht, Bravo! bei den Natl. und rechts.)

Hg. Träger (Fr. Vpt.): Es stimmt nicht, daß mein Präzisionsgenosse die Erklärung des Reichstagszentrums erstreckt gefunden hat. Er hat nur die Erklärung immer noch besser gefunden, als die fongarative Rede. Wir sind nach wie vor für die Einführung der Reichstagswahlrechts in Preußen. (Recht, Weis! links.) und halten mit dem ehrwürdigen Kaiser von Weimar die Einführung dieses Wahlrechts für unermesslich und unaussprechlich. (Recht, Weis! links.) Wir halten auch den Reichstag für zuständig. Man muß in Zukunft die Leistungen nicht so beurteilen. Die Parteien behandeln die Zukunftslösungen wie es ihnen gerade in den Sinn kommt. Im preussischen Landtage wird auch sehr viel über das Reich geübt. (Sehr laut links.) Der Zukunftsweisende ist meist nur ein Verlegenheitsbeinwand. (Sehr wahr! links.) Wir haben ja vom Reichstagsleiter nicht erwartet, daß er uns gleich das Reichstagswahlrecht für Preußen gewährt, aber seine Erklärung hier und hier, bei demselben Anstand, den wir haben, wird aber so fürchterlich unerbittlich in der Form, während er doch sonst so hübsch verkehrt, Verbindliches zu sagen. Gutmütige Gemüter haben ja in der Erklärung noch etwas Tröstliches gefunden. Ich für meine Person gehöre nicht zu diesen Gutmütigen. (Sehr laut.) So weit, wie Herr Fischer, geht die Kritik nicht in der Richtung einer Beschönigung des Wahlrechts für das Reich zu sehen. Mit Straßendemonstrationen wird allerdings die Sozialdemokratie die Zahl der Anhänger der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nicht mehr. (Sehr wahr! bei den Natl.) Ich möchte die Zeit für nicht fern, da die Verhältnisse selbst die preussische Regierung zur Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nötigen werden. (Recht, Weis! bei den Natl.)

Hg. Frau Hohenlohe-Langenburg (Natl.): Preußen muß seine Angelegenheiten selbst regeln; nur in den Fällen dringender Gefahr, die hier nicht vorliegt, darf sich das Reich in die innerstaatlichen Verhältnisse der Einzelstaaten einmischen. Wir begnügen uns, der Polizei für ihr benehmenes Verhalten zu danken. (Recht, Weis! bei den Natl.)

Hg. Bölle (Wirt. Vgg.): protestiert gegen die Einmischung in die innerlichen Angelegenheiten Preussens, verliert den Boden seiner Rede und verläßt unter stürmischer Geisterheit der Linken und des Zentrums die Tribüne. Es stellt sich jedoch nachher heraus, daß er von einem besitzigen Unwohlsein befallen ist.

Hg. Schaber (Fr. Vgg.): indert die Erklärung des Reichstagszentrums im preussischen Landtag, aber auch die Straßendemonstrationen. Wir verlangen Wahrung des preussischen Wahlrechts, wenn auch vielleicht nicht ganz im Sinne des Reichstagswahlrechts. (Bravo! bei den Natl.)

Hg. v. Weyer (Natl. Vpt.): mißbilligt scharf die Erklärung Willows, die in Württemberg geradezu als Kohn empfunden sei. (Sehr richtig links.) Bei dem großen Einflusse Preussens auf das Reich ist die Frage des preussischen Wahlrechts durchaus eine rein preussische. (Sehr wahr! links.) Straßendemonstrationen sind bedenklich. Was sie auf der einen Seite nützen, täuben sie auf der anderen. Viele Personen sind durch sie geschreckt worden. Die Konzentration des Militärs können wir nicht ablehnen.

Unsere Wähler wünschen eine grundsätzliche Befähigung des Reichstagsleiters. Wir sehen eine solche aber in Anbetracht der Schattenseiten einer rein negativen Tätigkeit ab. (Lachen bei den Geg.) Immerhin ist unser Interesse an der Fortführung der Wloppolitik ein sehr geringes geworden und bei künftigen Abstimmungen werden wir unsere Erfahrungen in die Waagschale werfen. (Recht, Weis! b. b. Freil.)

Hg. Porfaniß (Natl.): Am Rande um das Wahlrecht werden wir stets an der Seite der Sozialdemokratie zu finden sein.

Hg. Zimmermann (Natl.): Als Anhänger des Reichstagswahlrechts behaupten wir die Haltung Willows; aber mehr noch haben wir die turbulenten Straßendemonstrationen.

Hg. Wetterle (Natl.): verlangt die Einführung des Reichstagswahlrechts in Elfaß-Lothringen.

Hg. Senger zur Geschäftsordnung beantragt als ersten Punkt auf die morgige Tagesordnung die Fortsetzung der heutigen Beratung zu setzen. Wir haben den Wunsch, bald die gegen uns gerichteten Angriffe zu beantworten. Auch die Beratung der Interpellation über den Wandlstand ist auf zwei Tage ausgesetzt worden.

Zur den Antrag Senger erheben sich Sozialdemokraten, Zentrum, Polen, und vier Mitglieder der freisinnigen Vereinigung: Reumann-Ofer, Wehner, Wolfsohn und Dohrn (Stettin). Der Antrag wurde abgelehnt und es bleibt somit bei der dem Präsidium vorgelegten Tagesordnung: Schiedsgericht, Reichstagswahlrechtsparagraf, Haftung der Tierhalter, Maß- und Gewichtordnung. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Schluß 1/2 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 23. Januar.

Zwei Berufungsinstanzen

standen heute gegen unseren Kollegen Leopold vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts an. Leopold war am 12. November dem Schöffengericht (Vor. Amtsrichter Hoffmann) wegen Beleidigung des Genarmen Karl zu einem Monat Gefängnis und wegen Beleidigung der Heizer Polizeiverwaltung zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die beiden Berufungen wurden heute verworfen.

Arbeiter, Arbeiterfrauen:

Heute gilt es, zu bemerken, daß ihr noch nicht so stumpsinnig seid, um alles ohne Mühen hinzunehmen, was eine reaktionäre Reichsregierung und der Götzentempel-Reichstag über euch in „unendlicher Gnade“ ausstößt.

Heute gilt es, mit aller Macht gegen die im Reichereinstieg-Entwurf so liebevoll eingetragenen Verbesserungen zu protestieren, und von der Reichsregierung und der „liberalen Aera“ ein wirklich dem Zeitgeist entsprechendes modernes Vereinsgesetz ohne alle Schikanenparagrafen zu verlangen. Deshalb heute abend alle in die Protestversammlung!

Zur Einigungsfrage im Zimmerereverbe.

Wir bereits bekannt ist, schloßen seit einem Jahre Verhandlungen über die Vermählung der Organisationen der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften mit den Zentralverbänden der Generalkommission. Es haben nun Verhandlungen mit den Maurern, Zimmerern und Bauführerorganisationen stattgefunden, welche zur Einigung führten, indem die von den Zentralinstanzen aufgestellten Einigungsbedingungen in den darauffolgenden Konferenzen zur Annahme gelangten.

Von den Organisationen, welche den Lebertritt in den Zentralverband beschloßen, kommt hier am Orte der Fachverein der Zimmerer von Halle und Umgegend in Betracht, welcher bisher zur Vereinigung der Zimmerer als angehöflicher Verein gehörte.

Auf der Konferenz am 1. und 2. Dezember vorigen Jahres beschloß die Vereinigung mit 27 gegen 20 Delegierten stimmten, sich dem Verbands anzuschließen. Die Geschäftsleitung wurde damit beauftragt, die Vermählung in die Wege zu leiten.

In einer Sitzung am 19. Dezember 1907 mit den Vertretern des Verbandes und Parteivorstandes wurden folgende Lebertrittsbedingungen vereinbart.

1. Die Mitglieder der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands treten als vollberechtigte Mitglieder in den Verband über. — Vollberechtigt im Sinne des Verbandsstatuts.

Demnach erhalten die Mitglieder der Vereinigung vom Tage des Lebertritts ab das Recht auf Stimmunterstützung, Vermögensunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Heilunterstützung, Versicherungsunterstützung sowie alle weiteren Unterstützungen, wie sie im Verbandsstatut festgesetzt sind.

Wahlen und Reviden der überretenden Mitglieder der Vereinigung im Verbandsstatut beginnen am 2. März 1908. Demzufolge muß der Lebertritt bis zu diesem Tage erfolgt sein. Mitglieder, die später als am 14. März übertreten, gelten als neu einretende Mitglieder.

Die Beitragsleistung der Vereinigung hört am 1. Februar 1908 auf. Während der beitragsfreien Zeit vom 1. Februar bis zum 2. März haben die Mitglieder der Vereinigung ihre Bücher in Ordnung zu bringen und dieselben an die Geschäftsleitung bzw. an den Verbandsvorstand zum Zweck des Umzuges abzugeben.

Das Vermögen der Geschäftsleitung wird nach Erklärung aller Verbindlichkeiten der Hauptliste des Verbandes zugeführt.

Aus den Kassenbeständen der einzelnen Vereine geht der vierte Teil an die Hauptliste über. Der übrige Teil des Vermögens (einschließlich Inventar und Wärlschaften) wird der örtlichen Kassen der Verbandsabteilungen überwiehen.

2. An Orten, wo eine Verbandsabteilung bisher nicht bestand, ist nach erfolgtem Lebertritt eine Neuwahl des Vorstandes nach den Satzungen des Verbandsstatuts vorzunehmen. Dort, wo eine Verbandsabteilung der Vereinigung mit der Verbandsabteilung erfolgt, ist die erstmalige Belegung des Vorstandes entsprechend der Mitgliederzahl beider Richtungen vorzunehmen.

Die Art der Belegung wird unter Berücksichtigung des Vorstehenden vorher von den Beteiligten am Ort vereinbart.

Das Beschäftigungsrecht des Zentralvorstandes scheidet in diesen Fällen aus.

Erweiterungen und Befähigungen betreffend die inneren Einrichtungen der Verbandsabteilungen (Delegiertenlisten usw.) bleiben den Abstellungsverordnungen vorbehalten.

Alle früheren Beschlüsse verchiedener Verbandsabteilungen in Bezug auf den Lebertritt einzelner Kameraden finden bei der Vermählung keine Anwendung.

3. Die Zentralinstanzen des Verbandes der Zimmerer verpflichten sich, den § 24 Abs. 5 des Verbandsstatuts betreffend das Beschäftigungsrecht des Zentralvorstandes auf der nächsten Generalversammlung zur Verhandlung zu bringen und für eine bessere Fassung eventl. Vereinfachung dieser Bestimmung einzutreten.

Die freie unbeschränkte politische Betätigung ist allen Mitgliedern des Verbandes gewährleistet.

Kroghem die Mehrheit der Delegierten der Konferenz sich für eine Vermählung erklärten, also die Beschlüsse derselben, wie dies früher auch stets der Fall war, zu halten und zur Durchföhrung zu bringen, verpflichtet waren, weil ein Teil der Mitglieder des hiesigen Fachvereins der Zimmerer sich sträubten, in den Verband überzugehen.

Alle möglichen Scheingründe werden angeführt, um über den Wert und den Nutzen des Zusammenschlusses die Mitglieder zu täuschen. Von einer geringen Anzahl rückständiger Personen,

die es durchaus nicht ernst nehmen mit der Fortentwicklung der Arbeiterbewegung im allgemeinen, der Berufsorganisation insbesondere, werden die schädlichsten Mittel gebraucht, einen Keil in die Einigkeit der Halleischen Zimmerer zu treiben.

Das solches schädliche Treiben nur zum Vorteile des Unternehmertums und seiner Schmarzhaue gereicht, dürfte jedem im Bauberufe tätigen denkenden Zimmerer einleuchten. Deshalb ist es deren Pflicht, die Wege zu beschreiten, um auch den obenstimmten Teil der Mitglieder der Fachvereinszimmerer zu überzeugen, daß mehr denn je ein geschlossenes einmütiges Handeln notwendig ist im Interesse der gesamten Bauarbeiterchaft Deutschlands. Die öffentliche Versammlung morgen, Freitag, abends 6 Uhr im Saale des Weihen Hof wird sich mit diesem wichtigen Thema beschäftigen und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Die Maurer, Zimmerer und Bauführer werden sämtlich hierzu eingeladen.

Die Wertungswachsteuer.

die als eine der gerechtesten Steuern angesehen werden kann, weil sie den unerbittlichen Mehrwert bezieht, findet natürlich in den Hausargparlamenten die härteste Befähigung. Wie man in Halle diese geplante Steuer zu bezwecken sucht, das nichts vom Nutzen für die Stadt übrig bleibt, ist bekannt. Aber auch anderwärts finden wir dergleichen Beispiele. Die Hausargparlamente sind sich eben überall gleich. Wir erinnern nur an Berlin. Im Kasse ist sie jetzt auch abgelehnt worden, da die Hausargparlamente und deren Anhänger in der Wertungswachsteuer erstens eine ungerechtfertigte Belastung eines Einzelmannes, sodann einen Kapitalteil für die jenerne „geheimliche“ Entwindung des Grundbesitzes erblicken. Durch diese Ablehnung sind etwa 50000 Mark Einnahme für den kommenden Etat ausgefallen. Kroghem Oberbürgermeister Müller ausführt, daß die Mehrausgaben des nächsten Etats etwa eine Million Mark betragen, die zum Teil noch ohne Deduktion seien, so daß man bereits die Erhöhung der Einkommensteuerzuschläge von 110 Prozent auf 120 Prozent, die Zuschlagsverhöhung zur Gemeindeförderung von 150 Prozent auf 167 Prozent erwogen habe, fäh die Mehrheit auf ihrem eigennütigen Standpunkt stehen. Was hierin die Halle besser darum, wenn die Einnahmen der Heinen Leute unersättlich hoch gehalten werden, wenn man sie in ihrem Vorteil nicht geschnürt werden. — Auch in Leipzig hat der Rat eine Wertungswachsteuer nach folgenden Sätzen vorgelegt: Bei Wertungswachsteuer die Abgabe für bebauete Grundstücke 1 Prozent, bei unbebauten 2 Prozent des Wertes. Hat sich der Wert des Grundbesitzes von dem früheren Kauf an erhöht, so tritt die progressive Wertungswachsteuer in Kraft, die bei 10prozentiger Wertvermehrung 5 Prozent, bei 100prozentiger Wertvermehrung 20 Prozent beträgt. Man erwartet dadurch eine Einnahme von circa 1000000 Mark.

Natürlich erheben auch hier die „armen“ Hausbesitzer ein großes Getöse von Konstitution des Vermögens usw. und es ist bei der Zusammenkunft des Leipziger Stadtparlamentes sehr fraglich, ob diese Steuer Annahme findet. Weber belastet man die Heinen Geschäftsleute, Handwerker und Arbeiter mit neuen drückenden Steuern, die sind ja doch immer wieder so bumm, ihre eigenen Vorteile neu zu wahren. Wie an einer anderen Welt mußte einem dazugegen die Nachfrist an, daß in Gießen die Wertungswachsteuer Annahme gefunden hat. Sollte diese Steuer so eingerichtet sein, daß sie die Hausargparlamente nicht belastet? Oder fäh dort keine Grundbesitzbesitzer im Kollektiv? Oder sind in Gießen die Hausbesitzer so vernünftig, die Berechtigung einer solchen Steuer einzugehen? Letzteres glauben wir nicht, denn die Hausbesitzer wären dann weit, als Lebenswürdigkeit ausgeföhlt zu werden.

Der Fleischer von Wärlstätt

ist eine Entscheidung, die gestern vom hiesigen Schöffengericht in der Sache eines Fleischermeisters von hier gefällt wurde. Es handelte sich um Leberrettung der lokalen Schlachthausbestimmungen betreffend Einführung von auswärtig geschlachteten Vieh. Als das Fleischergeschäft im Reichstagsrat zur Beratung stand, wurde besonders von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß mit der Bestimmung, „auswärtig geschlachtetes Vieh, das von einem amtlich geprüften Tierarzt untersucht worden ist, könne ohne amtliche Kontrolle eingeföhrt werden.“ Unsinn getrieben werden könne. Man bescheinigt mit Recht die Bestimmung als eine Konfession an die Agrarier, die nach dieser in der Lage wären, unantastbares Vieh und Fleisch an den Mann zu bringen. Die damalige sozialdemokratische Bewegung war berechtigt. In verchiedenen Städten, so auch in Halle, hat man sich nun insofern zu helfen gewußt, daß man lokale Bestimmungen erließ, nach denen alles von auswärtig eingeföhrt Fleisch und Vieh vor der Zubereitung den Schlachthausbesitzer passiert haben, untersucht und mit einem Stempel versehen sein muß. Jene Bestimmung ist gewiss Agrarier und Fleischern sehr un bequem und sie berufen sich mit einer gewissen Berechtigung auf das Fleischbeschaugesetz, das sie klar und deutlich von der Schlachthauskontrolle entbinde, wenn sie Fleisch ohne Vieh einföhren, das von einem beamteten Tierarzt untersucht worden ist. Wer dürgt denn aber dafür, daß Fleisch, das vor so und so langer Zeit von einem beamteten Tierarzt untersucht worden ist, bei der Einföhung nicht verborben ist?

Nach dieser Richtung hin kann auf Kosten des Fleischbeschaugesetzes viel Schwamm getrieben werden. Und gewisse Verordnungen können ebenfalls wieder mit Recht sagen: Was gehen uns die lokalen Schlachthausbestimmungen an. Reichsrecht gilt mehr wie Polizeigesetz. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch der vor dem Schöffengericht angeklagte Fleischermeister, der die Schlachthausbestimmung übertraten hat. Er hatte das von auswärtig eingeföhrt Fleisch nicht auf dem Schlachthof untersucht lassen mit dem Hinweis, die von auswärtig eingeföhrt Schweine seien erst lebend und dann nach geschlacht von einem beamteten Tierarzt untersucht worden. Der Amtsanwalt stellte sich auf den Standpunkt, die lokalen Bestimmungen

Loewenhals
„Größer Kehraus“
Noch 3 Tage!
Freitag—Sonnabend—Sonntag

dem Generalkolonel Nr. 10 und ein prächtiges Bild der Umleitungskanal zu überschreiten, um den Weg abzurufen. Dabei tragen beide im Eise ein und ertranken.

Sambur. Ueberall hat in einem Jumeferleben ein junger Mann die Frau des Geschäftsinhabers, als diese ihm einen Ring gegeben hatte. Die Frau erbt, als er auf den Kopf mit einem schweren Instrumente schlug, wurde er noch um Hilfe rufen. Der Attentäter flüchtete, wurde aber eingeklopft und verhaftet. Bei seiner Festnahme gab er mehrere Meuterdrohungen ab, die aber alle fehl gingen.

Dorfmund. Ein unglückliches Vorkommnis. In der letzten Stadtbörse der Stille richtete ein Stadtbörsebesitzer ein Verbrechen gegen einen eigenen Sohn. Er legte, es für möglich, ein gewisses freies der Mann in die Martins-Schule genommen und habe eine Stunde lang in einer Mädchenklasse unterrichtet und die Kinder dabei unflüchtig berührt. Der Stadtbörsebesitzer fragte an, wie so etwas überhaupt möglich sei. Die Eltern seien über diesen Vorfall sehr erregt. Der Schulrat Dornbender befahl, daß der Schulleiter allefalls vorzukommen sei, es liegt jedoch nicht der geringste Grund zur Beunruhigung vor. (1)

Vermischtes.

Die Hitz in Australien. In Melbourne und Umgebung sind infolge der gegenwärtig herrschenden großen Hitze über 100 Todesfälle vorkommen.

Getreide und erster Teil. Ueber eine heitere Begebenheit aus der Zeit des Sozialistengesetzes lesen wir in Berlin's "Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung": "Eine ganze Reihe geringerer Verurteilungen erfolgten wegen Wanderns gegen Ausgewiesene, die ihren zurückgelassenen Familien heimlich Besuche abgabten. Besondere Erwähnung verdient davon der Fall des Restaurateurs Schütz, welcher einer Kellerknechtin in der Gartenstraße, Es war ein origineller Kauz, der schon vor dem Sozialistengesetz der Polizei dadurch geizig hatte, daß er an dem Garten vor seinem Keller ein breites Schild mit der Aufschrift anbringen ließ: 'Waislich Bier 10 Pf., Landbier-Weiß 20 Pf., Berliner Pilsener 30 Pf.' Wahrscheinlich zur Strafe dafür und weil bei ihm über Kommissarhaftungen nachgelassen hatten, wurde er mit der Ausweisung bedacht, denn irgendeine sonstige Agitationstätigkeit hatte er nicht ausübte. Bald nun kam die Polizei, die sein Lokal überwachen ließ, dahinter, daß Schütz immer wieder nach Berlin zu seiner Familie zurückkehrte. Aber so oft sie bei ihm kassierten, erwiderte sich dies lange Zeit als trübsal, bis Schütz merkte, daß die ihn in den Keller hatten gehen lassen, diesen unangelegentlich bewachten, war Schütz von der nachrückenden Polizei nicht zu ermitteln, bis schließlich Angerebter eines Tages den Schleier des Geheimnisses lüftete. Im Hinterzimmer seiner Wirtschaft, wo das Billard stand, hatte Schütz unter diesem eine kleine Herabnehmen und in das Erdreich darunter eine Schliefe setzen lassen. Die er, sobald die Polizei in Sicht kam, verschwand. Dort holte man ihn eines Tages heraus, und nun erfolgte wegen Verurteilung des Schützenbrennens zu vier Wochen Gefängnis."

Das illustrierte Werk, dem wir die vorstehenden Ausführungen entnehmen, erscheint im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW. Der erste Teil des Werkes, der in 17 Lieferungen à 80 Pf. erschienen ist, kann durch jede Parteibuchhandlung bezogen werden. Von dem zweiten Teil, der ebenfalls 17 Lieferungen umfaßt, liegen die Lieferungen 1 und 2 vor.

Graf Hohenzollern und Graf Lynar vor dem Kriegsgericht.

Hg. Berlin, 22. Januar 1908.

Vor dem Kriegsgericht der ersten Garde-Division begann heute früh die Verhandlung gegen Generalleutnant à la Suite und Generaladjutant a. D. Graf Wilhelm v. Hohenzollern und gegen Major a. D. Graf Johannes Lynar. Der kleine Verhandlungsraum bietet nur für wenige Personen Platz. Der Zuschauerraum ist fast leer. Die Zahl der Zeugen beträgt circa 40. Den Vorsitz im Gerichtsschof führt Generalleutnant v. Huel. Den Vorsitz im Kriegsgericht führt Graf Lynar. Nach der Eröffnung der Verhandlung erschienen die Angeklagten, zuerst Graf Lynar, der sich unerschrocken und selbstbewußt verhielt. Der zweite Angeklagte, Graf Wilhelm v. Hohenzollern, erschien ebenfalls im schwarzen Gehrock und in Begleitung seines Verteidigers Justizrats Dr. Sello im Saal. Unter den Zeugen befindet sich Maximilian Harden, der Herausgeber der "Wochenschrift", Korrespondent, Kapitän a. D. Otto v. Lobberg, gegen den bekanntlich ein Zeugniszwangsverfahren eingeleitet ist, weil er sich geweigert hatte, in der Vorunternehmung seine Genesenen anzugeben. Außerdem ist auch der aus dem ersten Wolke-Garden-Prozess bekannte Herr Wollhardt da, der mehrmalsgerweise als Redakteur aus Tegel aufgerufen wird. Weitere Zeugen sind Oberst v. Rüdiger und einige Offiziere. Die große Mehrzahl der Zeugen setzt sich zusammen aus Zivilpersonen; Wollhardt, Reichsausschreiber, Landwirte, Schulpfleger, Kohlenhändler, Restaurateure, Diener, Arbeiter, ferner befinden sich unter den Zeugen mehrere Bachmeister, ein Trompeter und einige Mannschaften. Formlich noch ein fremdes Element nimmt sich unter dieser Zeugenliste eine Frau Gebmann aus Maximilian Harden und zwei weitere Zeugen melden sich auf den Zeugenaufruf nicht.

Als Verhandlungsleiter fungiert Kriegsgerichtsrat Matthes. Der Verhandlungsleiter bestellt ein schriftlich eingegangenes Aktenstück des Sanitätsrats von Maximilian Harden, Professor Fieberling, in welchem er bezeugt, daß Harden noch immer an den Folgen der Rippenfellaffektion leide.

Hierauf werden die Personalien der Angeklagten verlesen. Graf Wilhelm v. Hohenzollern ist am 25. April 1854 geboren. 1872 trat er als Offizier beim ersten Garde-Dragooneregiment ein, wurde später Oberleutnant beim Regiment der Gardehufpuls und rückte 1892 zum Major auf. Er wurde dann 1897 Flügeladjutant des Kaisers und bald darauf Chef des Garde-Rittmeisterregiments. 1899 kam er zum Regiment der Gardehufpuls, im März 1900 wurde er zum Oberst ernannt. Am 22. April 1902 erhielt er die erste Garde-Kavalleriebrigade, 1903 wurde er Generalmajor und am 27. Januar 1904 diensttuender General à la Suite des Kaisers mit dem Range eines Generalleutnants. Er wurde am 2. Juni 1907 in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs unter Beibehaltung der Pension in die Reserve versetzt.

Kell. Graf Hohenzollern ist in erster Ehe mit Laura Freilin von Saurmar-Gellich verheiratet gewesen. Nach dem 1884 erfolgten Tode hat er sich zum zweiten Male mit der Prinzessin v. Hohenlohe-Öhringern verheiratet. Er hat einen Sohn und drei Töchter. Es folgt eine Beschreibung der Personalien des Grafen v. Lynar, der am 3. Dezember 1859 geboren ist. Er ist seit 1889 verheiratet mit der Prinzessin Anna Elisabeth von Solms-Hohensolms. Der Ehe sind zwei Söhne entsprossen. Er ist am 1. Oktober 1881 als Hauptmann eingetretet und hat 1907 den Abschied erhalten. Der Anlagenevertreter verließ sodann den Anlagenevertreter. Graf Hohenzollern ist danach hinsichtlich verträglich mit einem Polizeibeamten in übernatürlichen Umgang gefaßt zu haben. Graf Lynar wird bei schließlichen Verhandlungen beschuldigt. Er soll im Jahre 1904 einen Untergebenen um Mißbrauch der Dienstgehalt zu einer Forderung gezwungen haben, die in keiner Beziehung zu beruflichen Angelegenheiten stand, nämlich ihm ein Bein zu massieren. Im Jahre 1906 soll er seinen Vorgesetzten täglich beleidigt haben, indem er ihn zu wahllosen Zwecken berührt, im Jahre 1907 soll er unter Anwendung seiner Dienstgehalt einen Untergebenen aufgefodert haben, seinen Vorgesetzten zu belügen. Außerdem ist am 13. Januar 1908 gegen Graf Lynar noch eine Ergänzungslage erhoben worden. Danach soll er 1903 oder 1904 seinem Vorgesetzten gegenüber seine Dienstgehalt mißbraucht haben, indem er denselben unter verächtlichen Umständen unarnte.

Im Anschluß an die Verlesung des Anlagenevertreter des Oeffentlichkeit. Die Begründung für den Antrag wolle er in nicht öffentlicher Sitzung geben. Der Gerichtsschof wird hierauf geräumt werden vom Publikum und Presse. Nach Wiedereröffnung der Verhandlung verhandelt der Verhandlungsführer Kriegsgerichtsrat Matthes. Das Gericht hat beschlossen, die Oeffentlichkeit während der ganzen Verhandlung auszuschließen, und zwar wegen Gefährdung militärischer Interessen und wegen Gefährdung der Staatlichkeit.

Das weitere Publikum muß darauf den Gerichtssaal räumen. Die Verhandlungen werden drei Tage dauern. Da der Ausschluß der Oeffentlichkeit auch begründet ist mit Gefährdung militärischer Interessen, so verbietet sich nach der neueren Auslegung der Gesetzesbestimmungen jede Mitteilung aus dem Gange der Verhandlung.

Versammlungsberichte.

Gewerkschaftskartell Saargrafschaft. Der Jahresbericht wurde in der Sitzung am 14. Januar vom Vorsitzenden gegeben. Er rügte den schiefen Verlauf der Sitzungen durch die Delegierten und beschloß dann die Lohnbewegungen. Die Gewerkschaften haben trotz der schlechten Konjunktur doch Fortschritte zu verzeichnen. Einzelnen haben die Gewerkschaften mehr noch die Arbeiter und Bibliotheksberichte gegeben. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Am 2. März findet ein Lichtbildvortrag statt. Es wurden dann noch mehrere Sachen erledigt. (20. 1. O. W.)

Sozialdemokratischer Verein Bodwig. In der Versammlung am 18. Januar wurde die Vorstandswahlen vorgenommen. Genosse August K. o. t. wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt. Alle Ausschüsse sind nur aus diesen Wahlen hervorgegangen, wobei auch das Benehmen der Genossen stark und reichhaltig die Parteibewegung nicht einschließen dürfe. Durch lebhaftes Agitation und Dramatik muß den Gegnern beweisen werden, daß sie zwar einzelne Personen befehligen, die Bewegung aber trotzdem nicht aufhalten können. (20. 1. T. L.)

Briefkasten der Redaktion.

H. S., Einlebung. Klagen Sie wegen Verleumdung. **A. S., Wilschlag.** Wenn der Wirt eine unwahre Angabe über die Wohnung gemacht hat, können Sie allerdings von dem Mietvertrag zurücktreten.

D. B., Wittenberg. Wir bitten um Angabe Ihrer vollständigen Adresse. **Verstärkter.** Wir ersuchen sämtliche Verleger für eine der nächsten Einblendungen die vollständige Adresse angeben zu wollen. Vor- und Zuname, Ort, Straße und Hausnummer sind erwünscht.

Kampfschriftsteller. 1. Sie befinden sich in großem Irrtum, wenn Sie erwarten, durch einen Aufsatz einen Aufbruch zu stellen. Dafür verlangen die Herren teils Vergütung. 2. Die Karten zum Lichtbildvortrag am 28. Januar sind sämtlich ausverkauft. Bei allen diesen Veranstaltungen ist eine Abendkasse nicht vorgesehen.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

Trief, 23. Januar. Die Schiffahrtsgesellschaft Dalmatia teilt mit, daß sie alle die Mannschaften, die mit der von der Gesellschaft vorgeschlagenen Gehaltsregulierung nicht einverstanden seien, entlassen und alle ihre Schiffe mit Ausnahme von drei Dampfern außer Betrieb legen werde.

Belgrad, 23. Januar. In Krakujevac kam es zwischen Anhängern der Regierung und Mitgliedern der Oppositionspartei zu einem blutigen Kampf. Es gab viele Tote und Verwundete.

Wudapest, 23. Januar. In der Fabrik von Ganz erfolgte die Explosion eines Treibstoffens. Ein Arbeiter wurde getötet, mehrere tödlich verletzt. Der durch die Explosion entstandene Brand richtete großen Materialschaden an.

Wadrig, 23. Januar. Der Professor Moliner, der unter den Studenten eine Streikbewegung einzuleiten suchte, um gegen die traurigen finanziellen Verhältnisse zu demonstrieren, wurde verhaftet. Die Bewegung unter den Studenten wird dadurch nur vermehrt werden.

Letzte Nachrichten.

Wahlrechtsdemonstration in Braunschweig. Große Straßendemonstrationen veranstaltete die Arbeiterchaft Braunschweigs. Als bekannt wurde, daß in der gestern von Herzog-Regenten verlesenen Thronrede das Wahlrecht nicht bedacht wurde, beschloß man in den großen Fabriken nach

Schluß der Arbeit vor das Schloß des Herzog-Regenten zu gehen. Dies war um so leichter möglich, als sich allein von der Mühlentankanlage von Amme, Gieseler u. Gen. ein Zug von 2000 Arbeiter in Bewegung setzte. Dieser Zug hat zur Folge gehabt, daß eine Innung anderer Arbeiter sich demselben anschloß und gemeinschaftlich vor das Schloß des Regenten zog. Dieser lang und hoch auf das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht ausbrachte. Nach diesen Kundgebungen zog die Arbeiterchaft vor das Landtagsgebäude, wo gerade eine Kommission tagte. Von hier aus setzte sich der Zug nach allen Gegenden der Stadt in Bewegung liberal singend und hoch auf das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht ausbringend. Der Zug und der Schlagzeug gegen 1/2 Uhr abends vielschichtig ein noch nie dagewesenes Bild, denn die Hauptverkehrsader waren vollständig abgeperrt und nur noch nicht eine Person auf den großen breiten Straßen zu erblicken.

München, 23. Januar. Gestern abend fand hier eine von den drei linksliberalen Vereinen einberufene Versammlung statt, die sich mit der preußischen Wahlrechtsfrage beschäftigte. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Antwort des Fürsten Bismarck als schroffe Herausforderung des gesamten Liberalismus bezeichnet wird.

Paris, 23. Januar. Raun nach Casablanca zurückgekehrt, erhielt General d'Amade die Kunde von der Wiedereröffnung des Sertats durch eine starke Mahalla des Mules Rajid. Die Durchführung der von d'Amade getroffenen Maßnahmen infolge der unzureichenden Transportmittel äußerst schwierig. In Paris erwartet man mit Spannung die Wiedereröffnung des Sertats durch die französischen Truppen, wobei blutige Kämpfe vorgezogen werden.

Berlin, 22. Januar. Der getrigte dritte Jahresstag des blutigen Sonntags verlief vollkommen ruhig. Alle Fabriksviertel in Betsberg waren von Abteilungen bereiteter Schutzleute besetzt. Eine Reihe Hausdurchsuchungen und Verhaftungen wurden vorgenommen.

Berlin, 23. Januar. Somo bringt die aufsehenerregende Nachricht, daß General Kropotkin mit seinem ganzen Stabe nach dem Stössel-Prozess festgehaltenen Tschakow gleichfalls dem Militärgericht übergeben werden wird. Er habe im Stössel-Prozess wesentlich falsche Aussagen gemacht, welche in direktem Widerspruch mit seinen Berichten an den Zaren stehen.

Versammlungs-Anzeiger.

In vorliegender Nummer werden folgende Versammlungen bekannt gegeben:

- Salle und Umgebung:** Arbeitslosen-Versammlung, Freitag, 24. Januar.
- Salle:** Metallarbeiter: Lichtbild-Vortrag, Freitag, den 24. Januar.
- Salle:** Zentralrat und Streikrat der Arbeiter usw., Sonntag, 25. Januar.
- Salle:** Lichtbild-Vortrag, Sonntag, 26. Januar.
- Salle:** Oeffentl. Gewerkschafts-Versammlung, Montag, 27. Januar.
- Salle:** Maler und Lackierer, Sonntag, 28. Januar.
- Salle:** Steinmetzen: Oeffentl. Frauen-Versammlung, Sonntag, 28. Januar.
- Salle:** Kreutzschau, Döbris: Oeffentl. Frauen-Versammlung, Sonntag, 28. Januar.
- Salle:** Uue: Sozdem. Verein, Sonntag, 28. Januar.
- Salle:** Teuchern: Maurer, Sonntag, 28. Januar.

Büchermarkt.

In Freien Stunden, 11. Jahrgang, 2. Band, ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen. Der Preis für den gebundenen Band beträgt: In Leinen 3.50 M., in Halbtafel 4.— M. Ferner ist nochmals darauf hingewiesen, daß Heft 1 und 2 des neuen Jahrganges bereits erschienen sind. Begonnen haben in Heft 1 der Roman Das Einzug von Leon Ladel und die Erzählung Einzig, das Fährtenabenden von Theodor Wägge. Der Preis des einzelnen Heftes ist 10 Pf.

Von der Wochenschrift: Kommunale Praxis, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, sind die Nummern 2 und 3 des neuen Jahrganges soeben ausgegeben. Wir machen besonders die Gemeindevertreter auf diese für sie unentbehrliche Zeitschrift aufmerksam. Aber auch die Kranenfassens-Verwaltungen und Gewerkschaftsverbände sollten daran abnormieren, da auch für sie vielfach fruchtbringende Anregungen aus dem Inhalt zu schöpfen sind. Preis für das Quartal 3.— Mark.

Zu den Gemeinderatswahlen.

Die Wählerlisten liegen nur bis zum 30. Januar aus. Stühre sich jeder sein Wahlrecht! Keiner darf die Einschließung verweigern.

Wahlberechtigt ist jeder selbständige Gemeindegewerbetreibende, welcher 1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist, 2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, 3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, 4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, 5. die auf ihn entfallenden Gemeindegewerbesteuer bezahlt hat und außerdem a) entweder ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt, oder b) von seinem Gewerbe innerhalb des Gemeindebezirks belegenem Hausbesitz einen Jahresbeitrag von mindestens 3 M. an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder c) zur Staatsseinfommsteuer veranlagt ist oder zu dem Gemeindegewerbe nach einem Jahresentkommen von mehr als 600 M. herangezogen wird.

Als selbständig wird nach vollendetem 24. Lebensjahre jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat. Inhaber möbliert Zimmer sind wahlberechtigt, Schlafburgen ist das Wahlrecht abgelehnt worden.

Besonders sei darauf hingewiesen, daß man zur Ausübung des Gemeindegewerbesteuerrechts — im Gegensatz zu den Städten — nicht Preussische sein braucht, es ist erforderlich, daß man die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.

Zur weiteren Information empfehlen wir unseren Genossen die mit Erläuterungen versehene Landgemeindegewerbesteuer (1 M.), sowie den Führer durch die Landgemeindegewerbesteuer (80 Pf.), Beide Bücher sind durch die Parteibuchhandlungen zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Baumig in Halle.

Gr. Weissenfels.

Sonabend den 25. Januar abends 8 Uhr in Stadt Raumburg

Gr. Unterhaltungs-Abend,

ausgeführt von der berühmten Schauspielerin Frau Eikermann-Trautmann vom k. k. Konservatorium zu Dresden und Hoftheater zu Weimern, unter Mitwirkung vom Gesangsverein Hofmann. Das Gewerkschaftskartell.

Sinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

Dresdner Felsenkeller-Biere

behaupten ihren seit über einem halben Jahrhundert erworbenen

guten Ruf.

Stadt-Theater Halle

Direktion: Hofrat M. Richards.
Freitag den 24. Januar:
 126. Ab.-Vorstellung. 2. Viertel.
 Umlaufarten gültig.
Die Rabensteinerin.
 Schauspiel in 4 Akten
 von Ernst v. Wildenbruch.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 1/4 Uhr.

Sonnabend den 25. Januar:
 Nachmittags 3 1/2 Uhr:
 19. Weihnachts-Kinderdarstellung
 bei ganz kleinen Preisen.
Zum letzten Male:
Die neuer Aufstaltung!
Sneewittchen

und die sieben Zwerge.
 Weihnachts-Aufführungsfest
 mit Gesang und Tanz in 5 Akten
 nach dem bekannten Märchen
 bearbeitet von C. A. Böner.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 127. Ab.-Vorstellung. 3. Viertel.
 Umlaufarten unanfällig.
Einmaliges Gastspiel der
Frl. fäch. Kammerjängerin
Carola Beckert
Die Regimentstochter.
 Komische Oper in 2 Akten
 von G. Donizetti.

Apollo-Theater

Direktion: Gustav Poller.
Bombenvolle Häuser u.
stürmischen Beifall
 erzielt das letzte Programm
 mit der Welt-Sensation:
Master Link,
 der vierhändig. Schauspieler.
 Ist das ein
Affe oder Mensch?
 Das ist die Frage aller, die
 dieses Phänomen
 anfaunen!

Master Link in ein
neues Weitzrätzel!
 Außerdem: **Mlle. Lorette**
 in ihrer entzückend. Novität:
„Ein Jagdtag“.
 Darstellung von Jagdszenen
 mit d. preisgekr. Scener. Bon.
8 Biseras
 Tromp.-Damen-Ensemble.
Narrow Br.
 geograph. burlesquer Kab.
 fahr.-Akt. **Koptsprung**
 über 5 Mtr. weit, mitten in
 das Publikum! Eine einzig
 dastehende Leistung!

La Beauté-Ensemble
 Damen-Wettkämpfe in d. Luft.
Kunst. Sports-Sensation.
 u. d. **Ubrig. Glanznummern.**

Ammendorf:

Delikatessenhaus Amenddorf.
 Hauptgeschäft. Börnlißgäßchen 4.
 Filiale Halleischestraße 21.
 Donnerstag eintreffend:
 Gefr. Geflügel zu Tagespreisen
 der Halleischen Nordsee-
 Gesellschaft.
 Ferner jeden Freitag:
 fr. Kasselerlachs, Balzisch u.
 Braunsch. Warstücken,
 von 5 Uhr ab in der Filiale
 warme Knoblauch- u. Halber-
 städter Würstchen.
 Täglich frisch: Oliven, Tafel-
 butter, Fischkonserven,
 Blücherlachs, Picklinge u. s. w.
 Beste Bezugsquelle für
 Wurstwaren.
 5 Prozent Rabatt
 auf alle Waren.

Rossfleisch!

Diese Woche wieder ff.
 Alles übrige wie bekannt nur delikater bei
A. Thurm,
 Reilstraße 10.
Ein. Barbierlehrling (siehe Anz.)
Max Scholl,
 Holzweissig bei Bitterfeld.

Inventur-Ausverkauf

zu enorm herabgesetzten Preisen,
 Nur ein kleiner Teil der Waren ist im Schaufenster ausgestellt.

C. F. Ritter, Halle a. S.,
 Leipzigerstrasse 90.

Arbeitslosen-Versammlung
 für alle Arbeitslosen von Halle u. Umg.
 ohne Ausnahme des Berufes

Freitag, den 24. Januar 1908, vormittags 10 Uhr im „Volkspark“,
 Burgstraße 27.

Tages-Ordnung: Die Pflichten des Staates und der Kommune
 geg. die überhandnehmende Arbeitslosigkeit.

Arbeiter von Halle, welche arbeitslos sind, zeigt, ohne Ausnahme des Berufes, durch starken Besuch
 der Versammlung, daß Ihr es ernst meint Euer heiligsten Rechte zu fordern gegen Ausbeutung und Unter-
 drückung. Keiner fehle.
Der Einberufer.

Montag den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkspark“, Burgstr. 27

öffentliche
Gewerkschafts-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung des Genossen Güldenbergs über die Tätigkeit
 des Arbeitersekretariats im Jahre 1907.
 2. Bericht der Sekretariatskommission und Neuwahl derselben.
- Zu dieser Versammlung werden die organisierten Arbeiter zu zahlreichem
 Besuch eingeladen.

Die Aufsichtskommission.

Sonntag den 26. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des
 „Volksparkes“

Lichtbilder-Vortrag

des Herrn **Dr. Rudolf Magnus** von der naturwissenschaftlichen Gesell-
 schaft Kosmos

Vom Urtier zum Menschen.

Eintrittskarten können nicht mehr ausgegeben werden, da alle
 Karten abgesetzt worden sind.

Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

Eine Abendklasse wird nicht eröffnet.

Der Bildungs-Ausschuss.

Öffent-liche Frauenversammlungen

Am Freitag den 24. Januar abends 8 1/2 Uhr:

Zeit **Steckelberg**

Restaurant „Zur Reichshalle“. Gasthof des Herrn Fuchs.
 Ref.: Genossin Tietz-Hamburg. Ref.: Genossin Tietz-Berlin.

Am Sonnabend den 25. Januar abends 8 1/2 Uhr:

Kretzschau **Döbris**

Restaurant des Herrn Nucke. Gasthof des Herrn Möller.
 Ref.: Genossin Tietz-Hamburg. Ref.: Genossin Tietz-Berlin.

Zigarren □ Zigaretten □ Tabake

nur gute, abgepackte Qualitäten, in allen Preislagen.
Hamburger u. Bremer Zigarrenlager. W. Goldschmidt & Harz 50.
 (O. Kretsch Nachf.)

Beleg und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleischen Genossenschafts Buchdruckerei (G. S. m. b. H.) Halle a. S.

1000 wertvolle Geschenke!

für die Leser des Volksblattes.
 Jeder, der bei uns einen
 10 Pfund Emaille-Eimer
 Pflanzenmilch franko für
 Mk. 2.65 oder einen 10 Pfund-
 Emaille-Eimer künstlich.
 Honig franko für Mk. 3.25
 oder 8 Pfund feinste — De-
 likatess-Margarine — in
 1 Pfund-Stücken franko für
 Mk. 6.— bestellt, erhält
 ein wertvolles Geschenk.
 — Keine Nebenkosten. —
 Schreiben Sie sofort, da
 nur 1000 Geschenke für die
 Leser des Volksblattes
 ausgesetzt sind.
 Versand-Gesellschaft
 Magdeburg 35 Postfach 171.

Papierwäsche!

von Mey & Eilich
 vorrätig bei
Lisbeth Keil
 Wörmitzerstrasse 13,
 Ecke Wolfstrasse.
 Zeitl. Freitag Schichtfest.
 H. Richter, Schichtführer.

Walhalla-Theater

Jeden Abend 8 Uhr:

Elite-Spezialitäten-Vorstellung.

10¹⁵

„Die kleine Rakete.“

Von heute ab bis auf weiteres nehme ich pro Billet
 je einen **Fahrschein der Stadtbahn Halle**,
 welcher auf Teilstrecke Walhalla lautet, bei Lösung
 einer Einlasskarte an der Abendkasse mit 10 Pfg.
in Zahlung. Diese Vergünstigung wird selbstver-
 ständlich nur an den Werktagen, jedoch für alle Plätze
 gewährt.

Georg Süsmilch, Direktor und Eigentümer.

Raucht Eckstein-Zigaretten!

Nr. 5

Diese rühmlichst bekannte Zigaretten-
 marke wird auch nach Einführung der
 Zigarettensteuer in derselben
 vorzüglichen Qualität u. Handarbeit
 hergestellt.

Preis: 10 Stück 25 Pfg.

Der enorme Konsum befähigt die
 Fabrik, die Zigarettenhandlungen stets
 mit frischer Ware zu versorgen.
 Man verlange ausdrücklich:

Eckstein's Nr. 5

und prüfe genau, daß jede Zigarette die volle Firma
„A. M. Eckstein & Söhne“ nebst Schutzmarke trägt.
 (Über 1000 Arbeiter.)

In Zigarettenhandlungen zu haben.
 Vertreter: Otto Kaiser, Halle a. S., Seefenerstraße 5.
 Fernsprecher 313. Fernsprecher 313.

Aufsichtskarten

Die Aufsichtskarten



Mannsdorf.

Sonntag den 26. Januar:
Skatschmaus,
 Montag den 27. Januar:
Kleinschmaus
 mit **Sak,**
 wobei mit Speisen u. Getränken
 belohnt aufwartet.
 Es ladet freundlich ein
Albin Weber.

Rumsdorf.

Sonntag, den 26. Januar
Kränzchen
 des „Bergmannsvereins“
 Rehmendorf u. Umgegend.
 Hierzu ladet freundlich ein
 Anfang 6 Uhr. Der Vorstand.
 Ohne Karte kein Zutritt!

Gasthaus Erholung.

Hilfenborn.
 Freitag, den 24.—27.
Bockbierfest.
 Fein decor. Räume.
 H. Bockwurst im Saal.
 Fein u. h. Speisen u.
 ff. gekühlte Biere.
 Es ladet ergeb. ein
Johann Kroll.

